Protokoll über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses

Sitzungsdatum: Dienstag, den 05.07.2022
Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 18:13 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

Anwesend:

Vorsitzende

Beigeordnete Waltraud Friedemann

stellvertretender Vorsitzender

Ratsherr Lukas Lohmann

Mitglied

Ratsherr Paul Bieder
Ratsfrau Nadine Fischbock Zoom
Ratsherr Jörg Schaper
Ratsherr Christian Voit Zoom
Ratsherr Dirk Dräger Zoom
Ratsherr Guido Franke

Vertreter

Ratsfrau Ute Bertram Zoom

Bürgerdeputierte

Frau Anna Clausnitzer
Frau Nadine Meier Zoom

Bürgerdeputierter

Herr Kai Friedemann Zoom

Von der Verwaltung:

Herr Beushausen
Herr Laugwitz
Frau Dr. Granzow Zoom
Frau Holzgreve
Frau Springmann
Frau Schaper (Protokollführerin)

Abwesend:

Mitglied

Ratsherr Dr. Volker Grasemann

Bürgerdeputierter

Herr Dr. Volker Bullwinkel

Bürgerdeputierte

Frau Jutta Eilert

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Jugend- und Sozialausschusses sowie der Tagesordnung**

Die Vorsitzende, Frau Friedemann, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Ratsherrinnen und Ratsherren, die Vertreter der Verwaltung, Frau Stepper Kita-Fachbereichsleitung Kirchenamt Hildesheim, Frau Kumor vom Architektenbüro Gesellschaft für soziale und kirchliche Bauprojekte mbH (GskB) und Frau Garbe von der Alfelder Zeitung.

Frau Friedemann stellt sodann die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses und die Tagesordnung fest.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses am 30.03.2022**

Frau Friedemann bittet den nachfolgend aufgeführten Änderungswunsch von Frau Fischbock zum Tagesordnungspunkt 4 in das Protokoll vom 30.03.2022 aufzunehmen:

„Frau Fischbock spricht ihren Dank darüber aus, dass es zum Thema Labora nun doch noch zu einer befriedigenden Lösung kommt. Ihr Dank geht dabei an Frau Friedemann für ihr Engagement auf Kreisebene. Des Weiteren ergänzt sie die Ausführung von Frau Friedemann insofern als das aufgrund des Einsatzes von Frau Fischbock, es überhaupt erst dazu kam, dass Labora wieder in die Haushaltsgespräche aufgenommen wurde“.

Das Protokoll wurde mit der Änderung einstimmig genehmigt.

3. **Erstellung eines Ersatzneubaus und Erweiterung der Kita St. Nicolai Eimser Weg 95A um eine flexible altersstufenübergreifende Gruppe Kindergarten/Krippe mit 25 Plätzen; Vorlage: 127/XIX**

Erstellung eines Ersatzneubaus und Erweiterung der Kita St. Nicolai, Eimser Weg 95A um eine flexible altersstufenübergreifende Gruppe Kindergarten/Krippe mit 25 Plätzen; Vorlage: 127/XIX

Frau Dr. Granzow führt ergänzend zur Vorlage aus, dass die aus dem Jahr 2020 erstellte Kostenschätzung für die Sanierung der Kita St. Nicolai nicht mehr gültig ist. RAT-Fördermittel des Landes stehen auch nicht mehr zur Verfügung. Aufgrund der Kita-Bedarfsplanung hat sich inzwischen auch der Bedarf an Betreuungsplätzen geändert. Kirche und Kommune haben sich darauf verständigt, dass anstatt der geplanten Krippengruppe eine weitere altersübergreifende Kita-Gruppe eingerichtet werden soll. Somit können in der Kita St. Nicolai 90 Kinder betreut werden. Die neue Kostenschätzung beruft sich somit auf einem erweiterten Planungsablauf und der damit verbundenen Umplanung.

Frau Kumor vom Architekturbüro Gesellschaft für soziale und kirchliche Bauprojekte mbH stellt anhand einer Visualisierung den geänderten geplanten Neubau der Kita St. Nicolai vor. Sie merkt an, dass es keine Änderungen in der Kubatur gibt. Lediglich die innere Raumaufteilung (z. B. WC-Bereich) erfährt Veränderungen in der Größe, welche aber nicht erheblich sind. Aufgrund einer erfolgten Baugrunduntersuchung wurde zudem festgestellt, dass der ursprüngliche Fundamentenplan geändert werden muss. U. a. müssen Bodenschichten abgetragen, entsorgt und mit Auffüllungsmaterial versehen werden. Dabei entstehen Kosten für die Entsorgung. In dem ersten Planungsentwurf waren diese nicht enthalten.

Frau Kumor führt weiter aus, dass zur vorhandenen Baugenehmigung ein Nachtrag eingereicht werden muss. Baubeginn könnte Mitte Oktober 2022 sein. Sie gibt aber zu bedenken, dass die Erstellung der neuen Bodenplatte damit in den Winter hineingehen würde. Ihre Empfehlung wäre daher den Baubeginn in den Februar 2023 zu verschieben.

Herr Voit fragt an, ob es sich bei dem Bauuntergrund um schadstoffgefährdetes Auffüllungsmaterial handelt.

Frau Kumor stellt richtig, dass das Gebäude der Kita St. Nicolai auf keinem schadstoffbelastetem Untergrund steht. Aufgrund der großen Abtragungsmenge muss der Boden aber abgefahren werden.

Herr Franke fragt an, ob aufgrund des Vertragsabschlusses von Seiten der Stadt ein Auge auf die Baumaßnahme gehalten wird.

Herr Beushausen weist darauf hin, dass die Stadt Alfeld (Leine) nicht Bauherr und somit auch nicht zuständig für den Bauablauf ist. Der Umgang mit allen Beteiligten basiert auf einem partnerschaftlichen Miteinander, dies hat die Vergangenheit bereits gezeigt.

Frau Fischbock fragt nach, ob nicht auch der Bau- u. Grundeigentumsausschuss sowie der Finanzausschuss zu involvieren gewesen wäre.

Herr Beushausen erklärt gleichlautend, wie bereits von ihm ausgeführt, dass das aufgrund der Tatsache, dass die Stadt Alfeld (Leine) nicht Bauherr ist, nicht erforderlich ist. Beide Ausschüsse haben insofern mit der Maßnahme nichts zu tun.

Herr Laugwitz teilt mit, dass mit dem Haushalt 2022 der Betrag in Höhe von 890.000 Euro Haushaltsrest für den Neubau zur Verfügung stehen. Die Restsumme von 311.000 Euro müsste über eine überplanmäßige Ausgabe sichergestellt werden. Diese Mittel sollen vorübergehend aus Investitionsmaßnahmen des Hochwasserschutzes und der Kläranlage bereitgestellt werden.

Frau Fischbock fragt nach, ob die Mittel dann für diese Baumaßnahmen fehlen würden.

Herr Laugwitz erklärt, dass die Mittel sozusagen nur kurzfristig ausgeliehen werden. Die Rückgabe der Mittel erfolgt durch einen Nachtragshaushalt in 2022. Die Mehrkosten für den Neubau werden über einen Kredit finanziert.

Frau Fischbock fragt, ob die Genehmigung des Nachtragshaushaltes 2022 durch die Kommunalaufsicht erfolgen muss.

Herr Beushausen führt aus, dass der Nachtragshaushalt durch die Kommunalaufsicht genehmigt werden muss. Da aber für den Neubau keine zusätzlichen Mittel in die Hand genommen werden, sondern diese durch eine vorübergehende Ausleihe bereitgestellt werden, bedarf es keiner weiteren Genehmigung.

Frau Fischbock bemerkt, dass ihr zu dem Thema noch einiges unverständlich sei. Um den zeitlichen Rahmen nicht sprengen zu wollen, fragt sie an, ob sie noch weitere Fragen stellen darf.

Herr Beushausen führt aus, dass die Ausschussmitglieder die Einladung mit Tagesordnung rechtzeitig erhalten haben. Jede Fraktion hat somit die Möglichkeit im Vorfeld Fragen an die Verwaltung zu stellen. Die Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich. Des Weiteren sieht er es als Aufgabe einer Fraktion an, ihre Mitglieder über die Arbeit in der Fraktion aufzuklären.

Frau Fischbock fragt sodann nochmals nach den Gründen, welche die Verzögerung der eigentlichen Baumaßnahme verursacht haben.

Herr Beushausen fasst zusammen, dass letztendlich die Bauvorbereitungen, die Baugenehmigung, der Anstieg der Baupreise und die Änderungen in der Kitabedarfsplanung die zeitliche Verzögerung ausgelöst haben. Zusätzlich musste auch noch ein Baugrundgutachten erstellt werden.

Frau Bertram bringt ihre Freude zum Ausdruck, dass es nun endlich losgehen soll. Die Stadt braucht Kindertagesstätten. Die Gruppe CDU/FDP wird dem Bauprojekt zustimmen. Der Vorschlag die Mittel vorübergehend aus den Investitionsmaßnahmen umzuschichten und im Nachtragshaushalt 2022 wieder zurückzuführen wird mitgetragen. Frau Bertram führt mit Blick auf Frau Fischbock weiter aus, dass es jedem Ausschussmitglied erlaubt ist, Fragen zu stellen.

Herr Beushausen stellt dazu klar, dass er das Fragerecht von Frau Fischbock an die Verwaltung nicht abgelehnt hat.

Frau Fischbock sieht durch Abschluss des Finanzierungsvertrages zwischen Stadt und Kirche das finanzielle Risiko allein bei der Stadt Alfeld (Leine) liegen.

Herr Beushausen erklärt, dass die Kirche die Stadt nicht über den Tisch ziehen wird. Die Kommune habe den gesetzlichen Auftrag die Kinderbetreuung sicherzustellen. Die Kirche fungiert somit als Dienstleistender.

Herr Franke teilt mit, dass sich die BAL in ihren Beratungen darauf verständigt hat, in der Beschlussvorlage unter Nr. 3 den Satz „Die Deckung ist durch Reduzierung der Ansätze bei den Investitionen I552011801 „Hochwasserschutz Stadtgebiet“ (200.000,- €) und I538101701 „Studie 2020 - Bauphase III“ (111.900,- €) sichergestellt.“, zu ergänzen. Vor dem Wort Reduzierung soll das Wort temporäre eingefügt werden.

Frau Fischbock macht darauf aufmerksam, dass die Vorlage Fehler beinhaltet. Es sind nicht 40 Kita-Plätze, sondern 50. Des Weiteren heißt das Architekturbüro Gesellschaft für soziale und kirchliche Bauprojekte mbH (GskB) und nicht Architekturbüro Bernward Immobilien GmbH, Hildesheim.

Frau Friedemann stellt die Beschlussempfehlung mit den gewünschten Änderungen für den Rat der Stadt Alfeld (Leine) wie folgt zur Abstimmung

Beschlussempfehlung für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„1. Einem Ersatzneubau und einer Erweiterung der Kindertagesstätte St. Nicolai am Eimser Weg gemäß den dieser Vorlage beigefügten Planungsunterlagen (Anhang 2), der Kostenschätzung des Architekturbüros Gesellschaft für soziale und kirchliche Bauprojekte mbH (GskB) vom 12.04.2022 (Anhang 1) und des auf dieser Grundlage erstellten Finanzierungsplans (Anhang 3) wird zugestimmt.

2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit dem kirchlichen Träger, dem Ev.-luth. Kirchenkreis Hildesheimer Land – Alfeld, den als Anhang 4 beigefügten Finanzierungsvertrag zu schließen.

3. Weiterhin stimmt der Rat der Stadt Alfeld (Leine) einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 311.900,-€ zu. Die Deckung ist durch temporäre Reduzierung der Ansätze bei den Investitionen I552011801 „Hochwasserschutz Stadtgebiet (200.000,-€) und I538101701 „Studie 2020 – Bauphase III“ (111.900,-€) sichergestellt.“

- e i n s t i m m i g – mit einer Enthaltung

4. Mitteilungen der Verwaltung

Keine

5. Anfragen

Keine

Die Vorsitzende

Protokollführerin

Der Bürgermeister